

Helft der Welt! Globalisiert die Politik!

Reiner Eichenberger

Universität Fribourg

Der Jahreswechsel ist die ideale Zeit, um über die Verbesserung der Welt nachzudenken. Überall dürsten die Menschen nach Wohlstand, Frieden, Menschenrechten, und Demokratie. Allzu oft bekommen sie aber von ihren Regierungen nur das Gegenteil. Dabei kann ihnen auch die Weltgemeinschaft nur sehr begrenzt helfen, wie die Interventionen in Afghanistan, Irak und anderen Ländern zeigen. Denn militärisch besetzen ist leichter als befrieden. Was aber hilft den Menschen?

Keine Lösung brächte eine Weltregierung. Sie wäre ein monopolistisches Ungetüm, das selbst zu Machtmissbrauch neigt. Ich vertrete deshalb das eigentliche Gegenteil: internationaler politischer Wettbewerb. Im Zeitalter der Globalisierung sollte es doch möglich sein, so etwas wie einen „internationalen Markt für gute Politik“ zu schaffen. Dazu müssten in möglichst vielen Ländern nicht nur Inländer, sondern auch Ausländer für politische Ämter auf lokaler und nationaler Ebene kandidieren dürfen. Dadurch würden sich die Anreize für Politiker und Parteien dramatisch ändern.

Heute haben Politiker in Entwicklungsländer nur schwache Anreize, sich an ihre schönen Wahlversprechen wie weniger Korruption, tiefere Steuern, mehr Demokratie und Dezentralisierung zu halten. Denn sobald sie an der Macht sind, profitieren sie von hohen Steuern, Korruption, Zentralisierung und Demokratieabbau.

Im Gegensatz dazu haben In- und ausländische Politiker, die auch in anderen Ländern kandidieren dürfen, ein grosses Interesse, sich an Wahlversprechen zu halten. Denn damit können sie eine gute Reputation aufbauen, die Wahlerfolg in anderen Ländern bringt. Deshalb würden sich in einem solchen internationalen Markt für Politik sowohl die in- wie auch die ausländischen Politiker stark an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Genau

so hätten sie auch viel wirksamere Anreize, ethnische und religiöse Konflikten möglichst neutral und konstruktiv zu lösen, weil auch das ihre Wahlchancen in anderen Ländern stark erhöht. Mit der Zeit würden sich so auf die Reform von Problemländern spezialisierte internationale Politikanbieter entwickeln, die ihre Dienste in verschiedensten Ländern anbieten und ein enormes Wissen und Fähigkeiten aufbauen würden.

Natürlich gibt es gegen den Vorschlag unzählige Einwände, die aber gemäss meiner bisherigen gemeinsamen Forschung mit Michael Funk unbegründet sind. So gibt es vielerlei und gute Evidenz, dass die Bürger sehr wohl Ausländer wählen, sobald es ihnen vorteilhaft erscheint. Ein Beispiel sind die EU: In allen Beitrittsländern hat sich die Bevölkerung dafür entschieden, dass in Zukunft nicht mehr ihre eigenen, sondern ausländische Politiker aus Brüssel das wichtigste Wort haben. Ein besonders interessantes Beispiel ist auch das Zeitalter der Podesta im Italien des 12. und 13. Jahrhunderts. Da haben die völlig unabhängigen Stadtstaaten ganz systematisch das Regierungshaupt – den Podesta – aus anderen Staaten rekrutiert, um so die schrecklichen internen Machtkämpfe zu vermeiden. Das System erwies sich als überaus erfolgreich und legte die Grundlage für ein unvergleichliches Aufblühen Italiens in dieser Zeit. Auch der Einwand, schon in der Wirtschaft würden internationale Firmen regelmässig die Gesetze brechen und in der Politik wäre es nicht anders, ist genau verkehrt: Verglichen mit den inländischen Firmen in Entwicklungsländern halten sich internationale Firmen viel besser an gute internationale Standards, genau weil sie um den Verlust ihrer Reputation fürchten.

Zu klären bleibt schliesslich die Frage, weshalb sich das System abgesehen vom Zeitalter der Podesta bisher nicht entwickelt hat – obwohl es so gut ist. Die Antwort ist einfach. Für ein einzelnes Land lohnt sich die Marktöffnung wenig. Denn es geht ja nicht darum, einfach ausländische Politiker zu importieren. Vielmehr müssen die im Land aktiven Politiker und Parteien die Chance haben, in anderen Ländern zu kandidieren, so dass sich ihre Anreize ändern. Deshalb muss das System durch ein internationales Abkommen vereinbart werden, oder von der Weltgemeinschaft in möglichst vielen Ländern verordnet werden, so dass sich ein schöner, grosser, und funktionsfähiger internationaler Markt für gute Politik entwickelt.